Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

12. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Mai 1958

Nummer 35

Datum	Inhalt	Gliederungsnummer GS. NW.	Seite
13. 5. 58	Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen	2632	193
13. 5. 58	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vermögenssteuer	61	195
13. 5. 58	Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften (Umwandlungs-Grunderwerbsteuergesetz)	61	195

2032

Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen.

Vom 13. Mai 1958.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Die ehrenamtlichen Mitglieder der in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten Ausschüsse erhalten zur Abgeltung ihrer Aufwendungen eine Entschädigung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften.

(2) Die Landesregierung wird ermächtigt, die Anlage zu diesem Gesetz nach Anhörung des Landtagsausschusses für Innere Verwaltung durch Rechtsverordnung hinsichtlich der Ausschüsse zu ergänzen, die zur Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten des Landes gebildet werden.

§ 2

Verdienstausfall

(1) Die Ausschußmitglieder werden für ihren Verdienstausfall entschädigt.

(2) Die Entschädigung beträgt für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit höchstens 4,— DM. Die letzte angefangene Stunde wird voll gerechnet. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem regelmäßigen Bruttoverdienst.

§ 3

Vertretungskosten

Ist durch die Dienstleistung eine Vertretung notwendig geworden, so können die Vertretungskosten an Stelle der Verdienstausfallentschädigung mit gleichem Höchstbetrag wie diese erstattet werden.

§ 4

Entschädigung für Aufwand

(1) Zur Abgeltung des durch die Teilnahme an der Sitzung entstandenen Aufwands wird ein Sitzungstagegeld von 10,— DM gewährt. Bei Teilnahme an mehr als einer Ausschußsitzung an demselben Tage wird das Sitzungstagegeld nur einmal, und zwar für die erste Sitzung, gewährt.

(2) Ausschußmitglieder, die nicht in der politischen Gemeinde des Sitzungsorts wohnen, können bei mehrtägiger Abwesenheit von ihrem Wohnort aus Anlaß der Teilnahme an der Sitzung an Stelle der Entschädigung

nach Absatz 1 Tage- und Übernachtungsgeld erhalten nach Reisekostenstufe II des Gesetzes über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15. Dezember 1933 (RGBl. I S. 1067) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5

Fahrkostenentschädigung

(1) Den Ausschußmitgliedern werden die Fahrkosten für die zur Dienstleistung notwendige Reise vom Wohnort zum Ort der Sitzung und für die Rückreise erstattet.

(2) Bei Benutzung von öffentlichen, regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln werden die tatsächlichen Auslagen einschließlich der Kosten für die Beförderung des notwendigen Gepäcks bis zur Höhe der Tarife der ersten Wagenklasse ersetzt. Die Mehrkosten für zuschlagspflichtige Züge können erstattet werden, wenn ihre Benutzung nach den Verkehrsverhältnissen zweckmäßig gewesen ist, insbesondere, um die Gesamtdauer der Reise abzukürzen.

(3) Für Fußwege und bei Benutzung von anderen als öffentlichen, regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln wird bei Entfernungen von mehr als zwei Kilometern für jedes, auch angefangene Kilometer des Hin- und Rückweges eine Entschädigung in Höhe von 0,25 DM gewährt. Kann ein Hin- und Rückweg von zusammen mehr als zweihundert Kilometern mit öffentlichen, regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln zurückgelegt werden, so gilt Satz 1 nur insoweit, als die Mehrkosten gegenüber der Benutzung von öffentlichen, regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln durch eine Minderausgabe an Entschädigung ausgeglichen werden. Kann wegen besonderer Umstände ein öffentliches, regelmäßig verkehrendes Beförderungsmittel nicht benutzt werden, so werden die nachgewiesenen Mehrauslagen ersetzt, soweit sie angemessen sind.

(4) Tritt ein Ausschußmitglied die Reise zum Sitzungs-ort von einem anderen Ort als seinem Wohnort an, oder fährt es nach der Sitzung zu einem anderen Ort als seinem Wohnort, so werden die Fahrkosten bis zur Höhe der bei der Fahrt von und zum Wohnort zu erstattenden Kosten erstattet.

(5) Für Reisen während der Sitzungsdauer nach dem Wohnort und zurück werden die Fahrkosten nur insoweit erstattet, als hierdurch keine höheren Gesamtkosten als beim Verbleiben am Sitzungsort entstehen.

(6) Die Auslagen ortsansässiger Ausschußmitglieder für Fahrten oder Wege innerhalb der politischen Gemeinde des Sitzungsortes aus Anlaß der Sitzung werden nicht besonders vergütet; sie sind mit dem Sitzungstagegeld nach § 4 Abs. 1 abgegolten.

§ 6

Aufrundung

Der Gesamtbetrag, der nach den §§ 2 bis 5 zu gewähren ist, ist auf durch zehn teilbare Pfennigbeträge aufzurunden.

§ 7

Geltendmachung des Anspruchs

Die Beträge, auf die die Ausschußmitglieder nach diesem Gesetz Anspruch haben, werden nur auf Antrag gewährt. Der Anspruch erlischt, wenn der Antrag nicht binnen eines Jahres nach dem anspruchsbegründenden Tatbestand gestellt wird.

§ 8

Ausführungsbestimmungen

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsverordnungen erläßt der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Innenminister.

§ 9

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1958 in Kraft.

(2) Zu diesem Zeitpunkt treten außer Kraft die Ausführungsbestimmungen zum Reisekostengesetz betr. Entschädigung von nichtbeamteten Personen, die als Mitglieder von Ausschüssen für den öffentlichen Dienst tätig werden (Ausschußmitglieder) vom 25. Oktober 1951 in der Fassung der Verordnung vom 30. August 1952 (GS. NW. S. 326). Ist in Rechts- oder Verwaltungsvorschriften auf diese Ausführungsbestimmungen Bezug genommen, so tritt dieses Gesetz an ihre Stelle.

Düsseldorf, den 13. Mai 1958.

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:
Steinhoff.

Der Innenminister:
Biernat.

Der Finanzminister:
Weyer.

Anlage zu § 1

Verzeichnis der Ausschüsse und Beiräte
im Lande Nordrhein-Westfalen,
die unter die Regelung des Gesetzes fallen.

1. Beratender Ausschuß für das Pressewesen
Gesetz über die Berufsausübung von Verlegern, Verlagsleitern und Redakteuren v. 17. November 1949 (GS. NW. S. 444)
2. Feuerschutzbeirat
Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen v. 25. März 1958 (GV. NW. S. 101)
3. Polizei-beiräte
Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen v. 11. August 1953 (GS. NW. S. 148)
4. Forstbeiräte
Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze des Waldes (Waldschutzverordnung) v. 28. November 1950 (GS. NW. S. 782)
5. Jagdbeiräte
Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen v. 31. März 1953 (GS. NW. S. 797)
6. Beiräte für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen
§ 22 des Bundesvertriebenengesetzes v. 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201), § 13 des Flüchtlingsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen v. 2. Juni 1948 (GS. NW. S. 482) und in Verbindung mit der Verordnung v. 27. März 1957 (GV. NW. S. 69)
7. Spruchstellen für Flurbereinigung und für Wasser- und Bodenverbände
Gesetz zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes des Bundes v. 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) und zur Anpassung von Vorschriften des Landeskulturrechts und des Rechts der Wasser- und Bodenverbände an die Vorschriften des Flurbereinigungsrechts (Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz) v. 8. Dezember 1953 (GS. NW. S. 739); Geschäftsordnung v. 25. Januar 1954 (MBL. NW. S. 195)
8. Sonderkommission für Entschädigung
Gesetz über die Durchführung der Bodenreform und Siedlung im Lande Nordrhein-Westfalen (Bodenreformgesetz) v. 16. Mai 1949 (GS. NW. S. 723) mit Verfahrensordnung v. 5. Dezember 1949 (GS. NW. S. 732)
9. Landessiedlungsausschuß, Kreissiedlungsausschüsse
Gesetz über die Durchführung der Bodenreform und Siedlung im Lande Nordrhein-Westfalen (Bodenreformgesetz) v. 16. Mai 1949 (GS. NW. S. 723) mit Erster Durchführungsverordnung v. 8. August 1949 (GS. NW. S. 725) und Geschäftsordnungen v. 19. Dezember 1949 (MBL. NW. S. 1160, 1162)
10. Braunkohlensauschuß
Gesetz über die Gesamtplanung im Rheinischen Braunkohlengebiet v. 25. April 1950 (GS. NW. S. 450)
11. Grubensicherheitskommission
Bek. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 8. 2. 1955 (MBL. NW. S. 327)
12. Landesschätzungsbeiräte und Schätzungsausschüsse
Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens (Bodenschätzungsgesetz) v. 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 1050) sowie Durchführungsbestimmungen hierzu v. 12. Februar 1935 (RGBl. I S. 198)
13. Gutachterausschuß
Bewertungsgesetz v. 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 1035), Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz v. 2. Februar 1935 (RGBl. I S. 81)
14. Prüfungsräte
Prüfordnung für Luftfahrtpersonal zu §§ 17—21 b der Verordnung für Luftverkehr in der Fassung vom 21. Juni 1955 (BGBl. I S. 321 ff.)
15. Landesprüfungsausschuß für Prüflingenieure für Bau- statik
Verordnung über die statische Prüfung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben v. 22. August 1942 (RGBl. I S. 546) mit den Durchführungsbestimmungen zur VO. v. 7. September 1942 (RABl. S. I 392 und Pr.MBlFin. S. 279)
16. Landessachverständigenausschuß für neue Baustoffe und Bauarten
Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten v. 8. November 1937 (RGBl. I S. 1177) mit den Ausführungsbestimmungen zur VO. v. 31. Dezember 1937 (RABl. 1938 S. I 11 / ZdB 1938 S. 82)
17. Beirat für Entschädigungsfragen
Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesentschädigungsgesetz (ZVO-BEG) v. 6. November 1956 (GS. NW. S. 510)
18. Sachverständigenausschüsse zur Vorbereitung der Entscheidungen über Anträge auf Impfschädenentscheidungen
Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung bei Erkrankungen und Körperschäden als Folge von Impfungen v. 31. August 1953 (MBL. NW. S. 1540)
19. Kommission zur Überprüfung der Heilpraktiker
RdErl. des fr. Sozialministers v. 21. 5. 1951 (MBL. NW. S. 619)
20. Gutachterausschüsse
1. DVO. zum Heilpraktikergesetz v. 18. Februar 1939 (RGBl. I S. 259)
21. Besuchskommission zur Beaufsichtigung der Heil- und Pflegeanstalten

RdErl. d. MfV. u. MdI. v. 9. 11. 1931 (MBl. f. VW. S. 1050), RdErl. d. MfV. v. 21. 1. 1920 (MBl. med. Ang. S. 61)

22. Landespersonalaussschuß
§§ 106—113, 210 Abs. 3 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 15. Juni 1954 (GS. NW. S. 225)
23. Beratender Ausschuß für die Ernennung der Berufsrichter der Sozialgerichtsbarkeit
§ 11 des Sozialgerichtsgesetzes v. 3. September 1953 (BGBl. I S. 1239)
24. Beratender Ausschuß für die Ernennung der Vorsitzenden der Arbeitsgerichte
§ 18 des Arbeitsgerichtsgesetzes v. 3. September 1953 (BGBl. I S. 1267)
25. Ausschüsse zur Feststellung der Kriegsgefangenenentschädigung
§ 12 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (KgfEG) in der Neufassung v. 8. Dezember 1956 (BGBl. I S. 907) in Verbindung mit der Verordnung der Landesregierung NW v. 29. Januar 1957 (GV. NW. S. 33)
26. Beschwerdeausschüsse
§ 19 KgfEG in Verbindung mit der Verordnung der Landesregierung NW v. 29. Januar 1957 (GV. NW. S. 33)
27. Prüfungsausschüsse zur Vorprüfung von Darlehnsanträgen § 39 KgfEG
28. Beiräte für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge bei den Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen
§§ 6, 9 der Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge v. 8. Februar 1919 (RGBl. I S. 187)
29. Beschwerdeausschüsse bei den Hauptfürsorgestellen
§ 27 des Schwerbeschädigtengesetzes (SBG) v. 16. Juni 1953 (BGBl. I S. 389)
30. Evakuierten- und Kriegssachgeschädigtenbeirat beim Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Erl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 17. 3. 1956 — V A 2 — 2402 — 632/56 —
31. Arbeitsgemeinschaft für Angelegenheiten der heimatlosen Ausländer
Erl. d. Sozialministers v. 17. 10. 1951 — IV A/3 — 3067 — 2688/51 —
32. Kreditbewilligungsausschüsse für die Gewährung von Existenzgründungskrediten an Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge
Gem. RdErl. d. Sozialministers u. d. Finanzministers v. 6. 11. 1951 (MBl. NW. S. 1309) in der Fassung der Gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau u. d. Finanzministers v. 28. 12. 1953 (MBl. NW. 1954 S. 135) u. v. 27. 4. 1954 (MBl. NW. S. 869)
33. Kreditausschüsse für die Gewährung von Umschuldungskrediten an Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge
Gem. Erl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr V B 3—5200 v. 6. 6. 1956
II C
34. Ausschüsse nach § 13 des Bundesvertriebenengesetzes
RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers NW v. 31. 12. 1957 (MBl. NW. 1958 S. 44)

— GV. NW. 1953 S. 193.

61

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die
Vergnügungssteuer.
Vom 13. Mai 1958.**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Das Gesetz über die Vergnügungssteuer vom 16. Oktober 1956 (GS. NW. S. 605) wird wie folgt geändert:

1. a) In § 4 Abs. 1 werden die Worte „in Fällen des § 21 der Halter“ gestrichen.
- b) Dem § 4 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) In den Fällen des § 21 gilt der Halter als Veranstalter.“
- 2 Die bisherigen Ziff. 1 und 2 des § 11 Abs. 1 Buchst. a) werden gestrichen. Als Ziff. 1 und 2 werden eingefügt:
 - „1. eines als wertvoll anerkannten Kultur-, Dokumentar- oder Lehrfilms von mehr als 250 m Länge, bei Schmalfilmen von mehr als 100 m Länge um 4 v. H.,
 2. eines als besonders wertvoll anerkannten Kultur-, Dokumentar- oder Lehrfilms von mehr als 250 m Länge, bei Schmalfilmen von mehr als 100 m Länge um 6 v. H.“.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Mai 1958.

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:
Steinhoff.

Der Innenminister:
Biernat.

Der Arbeits- und Sozialminister:
Hemsath.

Der Justizminister:
Dr. Ameiunxen.

— GV. NW. 1958 S. 195.

61

**Gesetz
über Grunderwerbsteuerbefreiung bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften
(Umwandlungs-Grunderwerbsteuergesetz).
Vom 13. Mai 1958.**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Grunderwerbsteuerbefreiung

(1) Wird eine Kapitalgesellschaft oder eine bergrechtliche Gewerkschaft nach den Vorschriften des ersten Abschnitts des Gesetzes über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften vom 12. November 1956 (BGBl. I S. 844) umgewandelt und ist diese Umwandlung nach dem Gesetz über Steuererleichterungen bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften (Umwandlungs-Steuergesetz) vom 11. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1713) steuerbegünstigt, so ist der Erwerbsvorgang, durch den bei der Umwandlung Grundstücke von der umgewandelten Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft auf den übernehmenden Rechtsräger übergehen, von der Besteuerung nach dem Grunderwerbsteuergesetz vom 29. März 1940 (RGBl. I S. 585) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 29. März 1940 (RGBl. I S. 585) und zur Aufhebung von Vorschriften über die Wertzuwachssteuer vom 28. April 1953 (GS. NW. S. 610) ausgenommen.

(2) Die Ausnahme von der Besteuerung nach Absatz 1 tritt nur insoweit ein, als die Grundstücke in das inländische Betriebsvermögen des übernehmenden Rechtsträgers übergehen.

§ 2

Zeitlicher Geltungsbereich

Die Ausnahme von der Besteuerung nach § 1 gilt, wenn die Umwandlung in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1959 beschlossen wird.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Mai 1958.

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:
Steinhoff.

Der Innenminister:
Biernat.

Der Finanzminister:
Weyer.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr:
Dr. Kohlhase.

Der Justizminister:
Dr. Amelunxen.

— GV. NW. 1958 S. 195.

Einzelpreis dieser Nummer 0,40 DM

Einzellieferungen nur durch die August Bagel Verlag G.m.b.H., Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (je Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 oder auf das Girokonto 35415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf.
Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.